Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 50. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 28 Februar 1928

Spektakel.

Lord Birkenhead, der englische Minister für Indien, ist ein durch und durch konservativer Mann. Ist Engländer und nichts als Engländer. Was für Englands Größe geschieht, findet seine Billigung und Unterstützung, gleichgültig, ob es Recht oder Unrecht ist. Und er ist stolz darauf, daß das Ziel seines Freundes, des verstorbenen Königs Eduard VII., erreicht ist, den deutschen Rivalen niedergerungen zu haben. Aber er denkt doch nicht so kurzsichtig, so engstirnig, diesen Krieg nun verewigen zu wollen. Darum spricht er sich in scharfer Form gegen die Tendenz aus, die aus der Schaffung des „Miß-Cavell"-Films schreit.

Nie ist von deutscher Seite der Ansicht widersprochen worden, daß diese Engländerin, die unter der Maske der Krankenpflegerin Hunderte und aber Hunderte von Belgiern, Franzosen und Engländern über die holländische Grenze befördern ließ, um sie den Heeren der Entente zuzuführen, aus reinem Patriotismus und unter Mißachtung der ihr daraus entstehenden Gefahr gehandelt hat. Aber genau so, wie Engländer, Belgier und Franzosen es in zahlreichen Fällen taten, wurde deutscherseits gegen diese Frau das Kriegsrecht angewandt, wurde sie ein Opfer ihres Tuns. Wenn sie darob von gegnerischer Seite gefeiert wird, so erblicken wir Deutsche darin nichts, was uns an die Ehre griffe. Aber was im „Cavell"-Film dargestellt wird, ist nicht bloß Lüge. Es ist viel schlimmeres: man will aus diesem Sterben einer Engländerin für ihr Volk ein Geschäft machen und deswegen malt man — aus Sensationsgründen — mit unechten Farben. Man beschimpft und beleidigt die Deutschen, die nur Selbstverständliches taten, als die Engländerin zum Tode geführt ward, sie, die doch auch vor Gericht nichts ableugnete, alles gestand.

Aber nicht bloß in England wird jetzt solch ein Hetzfilm mit finanziellem Hintergrund geschaffen, sondern auch in Belgien und Frankreich werden „Miß-Cavell"-Filme gedreht. Da sich in London die Filmzensur entschlossen hat, den Film zur öffentlichen Vorführung nicht zuzulassen, will der geschäftstüchtige Manager Wilcox alle Mittel anwenden, dieses Verbot zu umgehen. In Belgien und Frankreich wird man nicht daran denken, sich dem Beispiel der englischen Filmbehörde anzuschließen, und in den Vereinigten Staaten wird der „Miß-Cavell"-Film heiß begehrt. Der Hetz- und Sensationsfilm, von dem sich die Hersteller goldene Berge versprechen.

„Entspricht es den Interessen des Friedens und des internationalen guten Willens, daß wir durch öffentliche Vorführungen gerade jene Kriegsereignisse festhalten und in die Erinnerung zurückrufen, die am meisten zu der gegenseitigen Erbitterung während des Krieges beitragen?" fragt Lord Birkenhead mit Recht. Wir Deutschen haben keinen Film geschaffen, der den „Baralong"fall darstellt oder die Behandlung Deutscher in den französischen Kolonien. Laut lobte die englische Presse die Unparteilichkeit des „Weltkrieg"films, bei dem auch Filmaufnahmen französischen und englischen Ursprungs verwendet wurden. Nicht von uns Deutschen wird in den alten, kaum verharschten Wunden gewühlt, und Lord Birkenhead selbst erachtet es als Deutschlands gutes Recht, daß wir alle Mittel — so gering sie auch sind — schnellstens anwenden, um einer neuen Verbitterung entgegenzuwirken, die weiter nichts ist als die „kommerzielle Ausnutzung" leider immer noch bestehender Stimmungen. Ebenso wie die Lüge von der deutschen Kriegsschuld die Welt erfüllt, will man es mit den Legenden deutscher Kriegsgreuel machen.

Aber wenn wirklich etwas bei den ehemaligen Mittelmächten geschieht, was nach einer Verletzung der sogenannten Friedensschlüsse des Jahres 1919 aussieht, dann erhebt man besonders in Frankreich sofort einen furchtbaren Spektakel. Jetzt wieder wegen der Maschinengewehre, die aus Italien nach Ungarn geschafft wurden. Der Völkerbund selbst soll in Bewegung gesetzt werden, man spricht von offiziellen Untersuchungen, ja sogar von „Sanktionen" gegen Ungarn. Und da setzt Mussolini wegen der Differenzen mit Deutsch-Österreich — das übrigens diesen Waffentransport aufdeckte — ein noch viel lauteres Geschrei erhebt, so hat die Welt wieder einmal das erbauliche Schauspiel vor sich, daß jene Stimmungen, die der Krieg erzeugte, wohl hier und da gedämpft, aber noch längst nicht ausgetilgt sind.

Gewaltige Kundgebung des Mittelstandes.

Münster i. W. Eine der größten Kundgebungen des Mittelstandes, die Westfalen je gesehen hat, versammelte im hiesigen Schützenhofe über 10 000 Teilnehmer aus allen Teilen des Münsterlandes und des westfälischen Industriegebietes, die gegen die wirtschaftliche Not des deutschen Mittelstandes, des Handwerks und des Kleinkaufmanns protestierten. Die von der Handwerks- und Handelskammer Münster einberufene Kundgebung wurde von dem Präsidenten der Kammer geleitet. In seiner Eröffnungsansprache wies dieser darauf hin, daß der Mittelstand mehr als alle übrigen Volksgenossen an der Not des verlorenen Krieges zu tragen habe. In der Steuergesetzgebung sei der Mittelstand bisher nicht gerecht behandelt worden. Die Geduld des Mittelstandes sei zu Ende, seine Kraft versiege, wenn nicht schleunigst Sondermaßnahmen getroffen werden. Die Kundgebung solle vorbeugen, ehe es zur unerfreulichen radikalen Selbsthilfe komme. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden die Forderungen des westfälischen Mittelstandes niedergelegt.

Die Restarbeiten des Reichstages

Arbeitsprogramm der Reichsregierung.

Neuwahl spätestens Ende Mai.

io. Berlin, 27. Mai.

Trotz der in letzter Zeit fast sichtbar zutage getretenen Arbeitsmüdigkeit des Reichstages hatten sich die Volksboten heute in stattlicher Anzahl eingefunden. Stand doch die Entgegennahme der Regierungserklärung über das Notprogramm, mit dem der sterbenskranke Reichstag seine Lebensdauer beenden soll, auf der Tagesordnung. Vizekanzler Dr Hergt unterzog sich nach einigen einleitenden Worten über den er-

Vizekanzler Dr. Hergt.

krankten, aber auf dem Wege der Besserung befindlichen Reichskanzler Dr. Marx dieser Aufgabe. Hergt betonte ausdrücklich, daß der Kanzler Marx „voll und ganz" mit dem nun bis auf das letzte Tüpfelchen fertigen Notprogramm einverstanden sei. Das Haus quittierte mit Beifall auf die Nachricht von der baldigen Herstellung des Kanzlers, zog indessen bei den Worten von dessen völligem Einverständnis doch hier und da zweifelnde Mienen auf. Die Vorlage der Regierung bewegt sich im großen und ganzen in den schon bekannten Linien. Bemerkenswert war aber die mit großer Bestimmtheit vom Vizekanzler ausgesprochene Erklärung, das Programm sei als unteilbares Ganzes zu betrachten und würde auch nur so von der Regierung entgegengenommen werden. Erhob sich schon hier Widerspruch, besonders bei der bisherigen Opposition, so mußte Dr. Hergt scharfe ironische Zurufe entgegennehmen, als er davon sprach, die Regierung betrachte sich durchaus nicht als eine nur geschäftsmäßige, sondern sie präsentiere sich als durchaus ordnungs- und gesetzmäßige Leitung des Reiches. Das sei auch die Auffassung des Reichspräsidenten. Von ganz links her wurde Skandal erhoben bei den Forderungen für die Landwirtschaft und ihre Gegenüberstellung zum Ausbau der Sozialfürsorge. Präsident Löbe mußte einen der tobenden Kommunisten, der dem Vizekanzler zurief, er solle doch mit dem Schwindel einer angeblichen Hilfe für die notleidenden Kleinrentner und Invaliden aufhören und die dafür ausgesetzten Bagatellen auch noch den Großgrundbesitzern überweisen, wiederholt zur Ordnung rufen. Lang anhaltende Bewegung entstand auch auf den Linksbänken, als der Regierungsredner die notwendige Beschränkung der Gefrierfleischeinfuhr auf 50 000 Tonnen im Jahre begründete. Mit der Aussicht, Ende Mai würden die Reichstagswahlen vor sich gehen können, falls das Regierungsprogramm bis dahin erledigt wäre, schloß der Vizekanzler.

In der beginnenden Aussprache kam zuerst der Sozialdemokrat Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts", an die Reihe. Er gedachte der von dem blinden italienischen Fanatismus unterdrückten Deutschen Südtirols und kündigte weiter an, so einfach werde es mit dem Arbeitsprogramm doch nicht gehen, seine Partei werde aufs gründlichste prüfen und jedenfalls bei der Parole bleiben, dem Bürgerblock einen Block der Arbeit entgegenzusetzen.

Graf Westarp, der Führer der Deutschnationalen, stimmte den Vorschlägen der Regierung zu, bei deren Erledigung seine Freunde aufrichtig mitarbeiten würden. Allerdings könnten sie die Notmaßnahmen für die Landwirtschaft nur als eine Einleitung, nicht als Vollendung ansehen. Denn die Verelendung der Landwirte schreie zum Himmel.

Nicht so klar waren die Äußerungen des Zentrumsführers von Guérard, der vor allen Dingen die Formel von der gesetzmäßigen Regierung nicht unbedingt akzeptieren wollte. Im übrigen verhielt er sich einigermaßen abwartend — erst wägen, dann wagen.

Und so ging das Aufgebot der Redner weiter. Die letzten werden wohl erst morgen oder übermorgen ihr Sprüchlein sagen. Man kann nicht behaupten, daß heute nun schon alles deutlich ist, was sich in der nächsten Zeit ereignen wird. Überraschungen sind kein Ding der Unmöglichkeit.

Sitzungsbericht.

(387. Sitzung.) CB. Berlin, 27. Februar.

Zu Beginn der Sitzung kommt es sofort zu einem Zwischenfall. Auf der Publikumstribüne erhob sich ein junger Mann und rief in den Saal: „Volksvertreter, tut eure Pflicht, wir verlangen unser Recht!" Er verließ dann sofort die Tribüne. Der Präsident gedachte sodann des Ablebens des Abgeordneten Stolberg-Magdeburg (Soz.), der erst am 21. Dezember für den verstorbenen Abg. Silberschmidt in den Reichstag eingetreten ist.

Auf Antrag des Abg. Stöcker (Komm.) wurde der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung mit der heutigen Aussprache verbunden. Auf der Tagesordnung steht die

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung

in Verbindung mit dem Etat des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei. Vizekanzler Hergt nahm sofort das Wort und stellte zunächst fest, daß der Reichskanzler zu seinem eigenen lebhaften Bedauern heute durch seinen Krankheitszustand verhindert sei, an der Sitzung des Reichstages teilzunehmen und persönlich die Erklärung der Regierung abzugeben. Er könne aber, so fuhr der Vizekanzler fort, die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Genesung des Reichskanzlers täglich und in günstigster Weise fortschreite. Er könne im Namen des Reichskabinetts und wohl auch des Hauses feststellen, daß alle bei den heutigen Verhandlungen des Reichskanzlers mit den besten Wünschen für seine baldige und endgültige Wiederherstellung gedenken. Der Reichskanzler habe ihn ermächtigt, festzustellen, daß er als diejenige Stelle, die die Richtlinien der Politik bestimme und dafür dem Reichstage gegenüber die Verantwortung trage, sich das Arbeitsprogramm der Regierung zu eigen mache, sich für seine Durchführung an der Spitze der Regierung einsetze, und daß er voll und ganz mit der Regierungserklärung übereinstimme.

Durch das Scheitern der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz, so erklärte der Vizekanzler dann weiter, sei die Reichsregierung vor die Frage gestellt worden, wie die Gesamtheit der ihr obliegenden gesetzgeberischen Arbeiten nunmehr zu behandeln sei. Zwingende Bedürfnisse, vielfach bittere Not in den verschiedensten Bevölkerungsgruppen und Lebensnotwendigkeiten der Landwirtschaft, zugleich aber auch der Zwang, die Produktivität des deutschen Volkes auf wichtigen Gebieten wieder herzustellen und zu heben, hätten

unmittelbare Hilfsmaßnahmen

erheischt. Dazu sei gebieterisch der Gesichtspunkt getreten, daß im Interesse der Ordnung der Staats- und Finanzverhältnisse der Etat verabschiedet werden müsse. Für das Reichskabinett hätte es unter diesen Umständen nur einen Weg gegeben, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß vor dem Auseinandergehen des Reichstages ein fest umrissenes Arbeitsprogramm noch durchgeführt werde. Die jetzige Regierung sei kein geschäftsführendes Kabinett, sondern nach wie vor die ordnungsmäßige Regierung, die die volle politische Verantwortung für ihre Tätigkeit trägt. Die Reichsregierung befindet sich mit ihrer Auffassung in voller Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten. Sachlich beträfen die einzelnen Teile des Arbeitsprogramms, abgesehen vom Etat, die Liquidationsschädenschlußregelung, eine landwirtschaftliche Hilfsaktion und Notmaßnahmen für Kleinrentner und Sozialrentner. Durch Erweiterungen an einer Stelle dürfte die Tragfähigkeit des Gesamtprogramms nicht gefährdet werden. Das Arbeitsprogramm erscheine daher als

ein einheitliches Ganzes,

das in einem Zuge verwirklicht werden müsse. Aus diesem Grunde hätten die vorbereiteten Gesetzentwürfe eine Schlußklausel erhalten, wonach der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden soll. Dieser Zeitpunkt würde bei Annahme des Reichshaushaltsplanes für 1928 auf den 1. April festzulegen sein.

Der Vizekanzler ging dann auf die einzelnen Abschnitte des Arbeitsprogramms näher ein. Zum

Kriegsschädenschlußgesetz

erklärte der Vizekanzler, daß die Regierung mit Entschiedenheit daran festhalten müsse, eine endgültige und abschließende Regelung zu treffen. Sie hat sich andererseits den Wünschen, wenigstens eine Entschädigung in höherem Ausmaße zu gewähren, nicht verschlossen. Die Reichsregierung ist unter möglichster Schonung der Haushalte des nächsten Jahrzehnts in der Bemessung des Gesamtentschädigungskapitals dem Vorschlage des Reichswirtschaftsrates gefolgt. Das bedeutet ein Mehr von rund 300 Millionen Mark gegenüber der Regierungsvorlage. Dr. Hergt kommt nun auf

das landwirtschaftliche Notprogramm

zu sprechen. Die landwirtschaftliche Verschuldung bildet eine ernste Bedrohung für die Fortführung der Erzeugung. Die Merkmale der krisenhaften Zuspitzung hätten sich in den letzten Monaten verschärft. Die Reichsregierung halte daher außer den Aufwendungen des bisherigen Etats eine Reihe weiterer Maßnahmen für notwendig. Für bedrängte landwirtschaftliche Betriebe soll eine Umschuldung von drückenden Schulden in niedrigere verzinsliche Hypothekarkredite herbeigeführt, die territorialen Kreditinstitute durch eine besondere Organisation unterstützt werden, an der Reich und Länder beteiligt sind. Um die Durchführung der Umschuldung zu beschleunigen, sollen den Instituten Kassenvorschüsse in Höhe von zunächst 100 Millionen gegeben werden. Für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen sollen 25 Millionen im Etat für 1928 bereitgestellt, zur Förderung des Absatzes von Vieh und Fleisch sollen 22 Millionen durch Übernahme einer Bürgschaft im Haushaltsgesetz des Reiches sichergestellt und 8 Millionen im Ergänzungshaushalt für 1928 angefordert werden. Neben einer Stabilisierung der Viehpreise sollen die Preisspannen verringert werden. Eine wesentliche Förderung des Absatzes werde auch in der Erweiterung des Einfuhrscheinsystems auf die Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch bestehen. Ein dementsprechender Gesetzentwurf ist dem Reichsrat zugeleitet. Durch Vereinbarung mit den Ländern ist ferner eine Vereinheitlichung der Handhabung der veterinär-polizeilichen Grenz-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF